

Energiewende

Naturschützer lehnen geplante Stromtrassen ab

Der Bund Naturschutz (BN) und lokale Bürgerinitiativen machen erneut gegen die beiden geplanten Höchstspannungsleitungen aus Norddeutschland nach Bayern mobil - obwohl die Stromautobahnen nun in weiten Teilen unter der Erde verlaufen sollen. "Engagierter Klimaschutz und sofortiger Atomausstieg sind wichtiger denn je", sagte der BN-Chef Hubert Weiger am Mittwoch in München. "Dafür benötigen wir aber keine Stromautobahnen, sondern mehr Energiesparen, mehr Energieeffizienz und den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern." Das Aktionsbündnis gegen den SuedOstLink kündigte massive Widerstände in den jeweiligen Regionen an. "Die Staatsregierung missachtet die Interessen der Bevölkerung", sagte sein Sprecher Matthias Grobleben. "Sie hat die Diskussion über die Trassen für beendet erklärt, ohne nachvollziehbare Belege für die Notwendigkeit geliefert zu haben."

BN-Chef Weiger forderte eine dezentrale Energiewende - mit Windrädern und Solarstromanlagen an den richtigen Standorten und dezentralen Kraft-Wärme-Anlagen. Eine "zentralistische Netzausbauplanung" mit neuen Übertragungsnetzen sei der falsche Weg. Der sogenannte SuedLink und der SuedOstLink seien für die nationale Energiewende nicht nötig. Weiger warnte davor, dass über die beiden Trassen Billigstrom nach Bayern kommen könnte und die regionale Energiewende im Freistaat gefährden werde. Statt der beiden Großprojekte solle die Staatsregierung lieber lokale Bürger-Energiegesellschaften und Stadtwerke der Kommunen unterstützen.

Die Staatsregierung hatte zuletzt angekündigt, dass die neue Trassenplanung für die Höchstspannungsleitungen im Herbst vorliegen soll. Die bisherigen Pläne waren nach jahrelangem Gezerre im vergangenen Jahr über den Haufen geworfen worden. CSU-Chef Horst Seehofer hatte zwar lange Zeit angekündigt, dass er die beiden Stromautobahnen nach Bayern nicht akzeptieren werde. Aber dann einigte er sich in einem Spitzengespräch mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), dass sie über weite Strecken unterirdisch verlaufen sollen. Eine Genehmigung der Projekte ist freilich in weiter Ferne, noch steht nicht einmal der Termin für den Beginn der Verfahren fest. Derzeit laufen nur Vorplanungen.

DPA, CWS, SZ, 11.8.16